Wahlen 2011 : Parteien auf der Zielgeraden

Autor(en): **Schwarz, Daniel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **108 (2011)**

Heft 3

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840003

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wahlen 2011: Parteien auf der Zielgeraden

Links oder rechts? Diese Frage stellt sich spätestens im Oktober, wenn die eidgenössischen Wahlen anstehen. Die ZESO bietet Orientierungshilfe: Hier sehen Sie, wie sich die Parteien in der Sozial- und Familienpolitik positionieren.

Eigentlich sind die Wählerinnen und Wähler in der Schweiz in einer privilegierten Position, wenn sie am 23. Oktober 2011 entscheiden, welche Köpfe aus welchen Parteien in den nächsten vier Jahren die Sozial- und Familienpolitik der Schweiz bestimmen. Denn anders als in Ländern mit zwei grossen, dominierenden Parteien oder Parteiblöcken tendieren hierzulande die Parteien nicht zu einem programmatischen Einheitsbrei, sondern bieten der Wählerschaft echte Alternativen an.

Wie Positionen zur Makulatur werden

Die Kehrseite dieser Vielfalt liegt in der Schwierigkeit, sich in kurzer Zeit ein informiertes Bild des gesamten politischen Angebots zu machen. Dabei geht es nicht nur um die Frage, welche Partei welche sozial- und familienpolitischen Rezepte verfolgt. Es geht auch um politische Nuancen zwischen den Kantonalparteien und sogar um unterschiedliche Positionsbezüge der einzelnen Kandidierenden ein und derselben Partei. Kurz: Konkret vorgeschlagene politische Massnahmen, sei es in Wahlmanifesten, Positionspapieren oder durch Parteiexponentinnen und -exponenten, können sehr schnell zur Makulatur werden, sobald die neu zusammengesetzte Fraktion die ersten Abstimmungen im National- oder Ständerat in Angriff nimmt.

Der Blickwinkel ist entscheidend

Die folgende Übersicht zu den sozial- und familienpolitischen Positionen zu sieben Schweizer Parteien fragt daher vor allem nach den übergeordneten «Leitplanken», welche die Positionen der Parteien in den kommenden vier Jahren massgeblich prägen werden.

Dazu zuerst einige grundsätzliche Überlegungen: Parteien versuchen, auf der Basis bestimmter Grundwerte ein kohärentes programmatisches Gesamtkonzept in Form von Partei- und Wahlprogrammen zu formulieren. Die Sozial- und Familienpolitik steht darum nie für sich alleine, sondern fügt sich in das Wertesystem der jeweiligen Partei ein und verbindet sich mit den Überzeugungen, welche die Partei in anderen Politikfeldern formuliert. Zielkonflikte, die dabei unweigerlich auftreten, werden gelöst, indem die Partei Prioritäten setzt und die einzelnen Programmpunkte abstuft. Diese Prioritäten sind entscheidend für die Frage, aus →

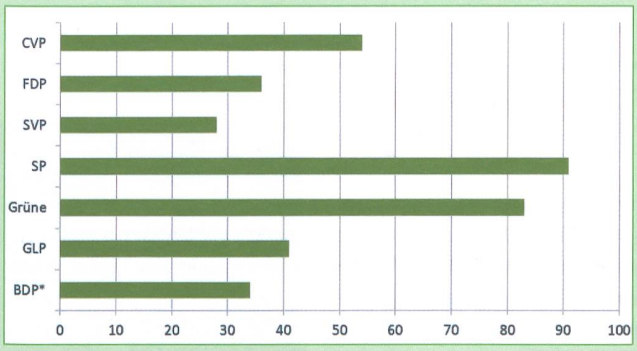
Sozial- und familienpolitische Positionen in der Übersicht

Christophe Darbellay Bilder: pixsil

CVP

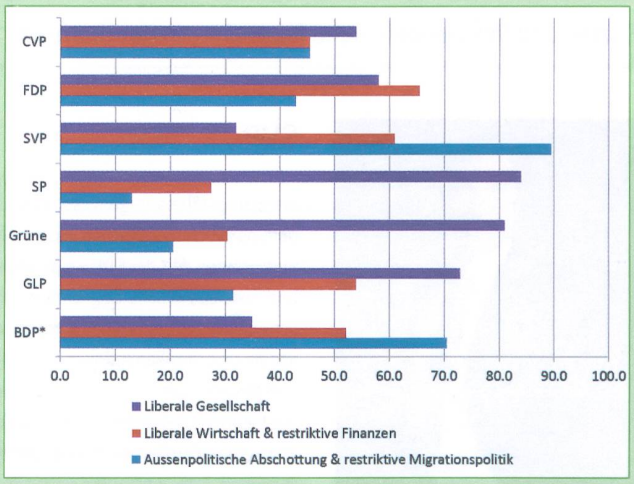
Wie Grafik 1 zeigt, findet sich in der CVP insgesamt eine mittlere Zustimmung zum Ziel eines ausgebauten Sozialstaats. Auch im Profil der Nachbarbereiche (Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik) zeigen sich keine starken ideologischen Ausschläge in die eine oder andere Richtung (vgl. Grafik 2). Bemerkenswert für die ehemals katholisch-konservativ ausgerichtete Volkspartei ist die relative hohe Zustimmung zu liberalen gesellschaftlichen Werten, was sich beispielsweise in der Befürwortung von Unterstützungsleistungen für die familienexterne Kinderbetreuung widerspiegelt. In den übrigen Bereichen versucht die CVP ausgleichende Positionen zu finden, wodurch sie sich als potenzielle Allianzpartnerin für alle anderen Parteien anerbietet. Beste Beispiele hierfür liefern die familienpolitischen Positionen der CVP: Einerseits tritt sie für bedarfsunabhängig ausbezahlte Kinderzulagen und die bedarfsunabhängige Prämienbefreiung von Kindern in der obligatorischen Krankenversicherung ein, wo sie auf die Unterstützung von SP und Grünen zählen darf. Andererseits unterstützt sie erhöhte Steuerabzüge für externe Kinderbetreuungskosten und steuerbefreite Kinderzulagen. Als drittes bedient sie mit ihrer Familieninitiative konservative Gruppen, indem die Rolle der traditionellen Familie gestärkt werden soll. Wie es sich für eine Volkspartei gehört, ist also für jede und jeden etwas dabei.

Grafik 1: Zustimmung der Parteien zu einem ausgebauten Sozialstaat



Quelle: «smartvote», Nationalratswahlen 2007

Grafik 2: Zustimmung der Parteien zu wichtigen Nebenbereichen der Sozial- und Familienpolitik



Quelle: «smartvote», Nationalratswahlen 2007; eigene Berechnungen

Fulvio Pelli

FDP

Obwohl häufig der politischen Mitte zugerechnet, unterscheidet sich die FDP von der CVP im sozialpolitischen Feld markant: Das Ziel eines ausgebauten Sozialstaats wird deutlich weniger befürwortet. Profilbestimmend für die sozial- und familienpolitischen Positionsbezüge der FDP sind hingegen eine liberale Wirtschafts- und restriktive Finanzpolitik. Zusammen mit dem liberalen Gesellschaftsbild und einer – zumindest im Vergleich zur SVP – geringeren Abwehrhaltung gegenüber Fremden und Fremdem steht die FDP für einen liberalen sozial- und familienpolitischen Entwurf. Im Vordergrund stehen eine möglichst geringe Belastung des Staatshaushalts (was tiefe Steuern ohne Anhäufung von Schulden ermöglicht) sowie tiefe Arbeitskosten. Eine wirtschaftsfreundliche Politik wird in diesem Konzept als die beste sozialpolitische Massnahme erachtet; entsprechend steht die Sozialpolitik unter dem Primat der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine Stärkung der Wirtschaft war auch das Hauptargument der FDP für die Unterstützung einzelner Massnahmen im sozial- und familienpolitischen Bereich. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der ursprünglichen Anschubfinanzierung für Krippenplätze: Für die FDP stand dabei die stärkere Integration von Frauen ins Erwerbsleben im Vordergrund. In aller Regel setzt die Partei eher auf Steuererleichterungen (etwa für Fremdbetreuung von Kindern) oder auf bedarfsabhängige Unterstützungsleistungen an Betroffene als auf Subventionen «mit der Giesskanne». Die aktuelle Organisation der Krankenversicherung entspricht weitgehend dem liberalen Konzept: Finanziert wird zu einem grossen Teil über Kopfprämien (der Grundpreis ist für alle in etwa gleich hoch), während nur wirklich bedürftige Personen von den kantonalen Prämienverbilligungen profitieren sollen.

welchem Blickwinkel ein Politikbereich von einer Partei «bewirtschaftet» wird (sogenanntes Themen-Framing): Jede Partei setzt sich aus eigener Wahrnehmung beispielsweise für einen starken Sozialstaat ein, die einen meinen damit finanziell gesunde Sozialwerke, die anderen beziehen die Aussagen eher auf den Umfang staatlicher Leistungen.

Bedeutung der Nachbarbereiche

Das sozial- und familienpolitische Profil der Parteien ergibt sich somit nicht nur aus deren Haltung zum Ausbaugrad des Sozialstaats, sondern auch aus den Positionen und Prioritäten in Nachbarbereichen wie der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Gesellschaftspolitik sowie der Aussen- und Migrationspolitik. Davon ausgehend wird im Folgenden die «sozial- und familienpolitische DNA» der wichtigsten Parteien aufgeschlüsselt. Als Basis dienen die Antworten der Kandidierenden auf den Fragebogen der Online-Wahlhilfe «smartvote» vor den Nationalratswahlen 2007*. Da die BDP erst 2008 gegründet wurde, bezieht sich die Analyse auf die Antworten der vier Parlamentsmitglieder, die 2007 für die SVP ins Parlament gewählt wurden und 2008 zur BDP übergetreten sind. ■

Daniel Schwarz
Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern

*Bei Redaktionsschluss waren die Daten 2011 noch nicht verfügbar. Die Positionen der Parteien und Kandidierenden können unter www.smartvote.ch aufgerufen werden.

Sozial- und familienpolitische Positionen in der Übersicht

Toni Brunner

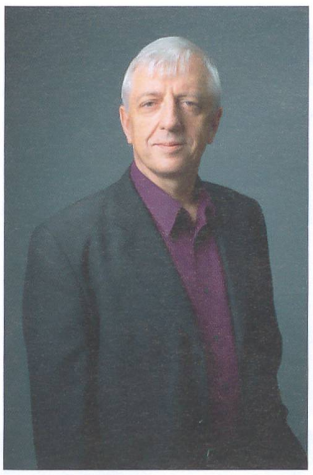
SVP

Am wenigsten kann gemäss Grafik 1 (S. 27) die SVP dem politischen Ziel eines ausgebauten Sozialstaates abgewinnen. Mit der FDP verbindet sie die wirtschafts- und finanzpolitische Begründung dieser grundsätzlichen Skepsis gegenüber staatlichem Handeln im sozial- und familienpolitischen Bereich (Grafik 2). Bei den gesellschafts- und aussenpolitischen Komponenten trennen die beiden Parteien jedoch Welten. Die Sozial- und Familienpolitik der SVP lehnt die Förderung moderner Familienformen gegenüber der traditionellen Rollenverteilung ab. Ebenso will die SVP nichts davon wissen, dass Personen aus verschiedenen Ländern, die im Rahmen der EU-Personenfreizügigkeit in die Schweiz gekommen sind, einen gleichberechtigten Zugang zu den Sozialsystemen haben. Die SVP ist somit Vertreterin einer Sozial- und Familienpolitik, die gesellschaftskonservative Kernforderungen mit wirtschaftsliberalen Postulaten verbindet. Weil es in den letzten Jahren offensichtlich immer besser funktioniert hat, den Missmut der Bevölkerung auf die Einwanderungsthematik zu lenken, handelt die SVP weite Teile ihrer sozialpolitischen Forderungen unter dem Stichwort «Zuwanderung ins Sozialsystem» ab. Die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative, die Landesverweise bei «Sozialmissbrauch» vorsieht, ist dafür nur ein Beispiel. Daneben lehnt die SVP sämtliche Vorschläge ab, die traditionellen Familienstrukturen zuwiderlaufen. Ein Beispiel dafür ist die Ablehnung von familienexterner Kinderbetreuung – sei es durch Subventionen oder durch Steuerabzüge. Deshalb hat die SVP eine eigene Familieninitiative lanciert.

Christian Levrat

SP

Den schärfsten Gegensatz, ja die eigentliche Antithese zu den Forderungen der SVP, bildet das sozial- und familienpolitische Programm der SP. Die Zustimmung zum politischen Ziel ausgebauter sozialstaatlicher Leistungen ist in dieser Partei äusserst hoch; die soziale Frage berührt nach wie vor den Kern der Schweizer Sozialdemokratie. Angestrebt werden mehr soziale Sicherheit und mehr familienpolitische Unterstützungsleistungen, deren Finanzierung in erster Linie durch einkommensstarke und vermögende Personen geschehen soll. Als Mittel dazu sieht die SP zum Beispiel eine verschärfte Steuerprogression und die Erbschaftssteuer. Die SP weist unter den sieben betrachteten Parteien die geringste Ausprägung im Bereich «liberale Wirtschaft/restriktive Finanzen» auf. Für sie stellen Unterstützungsmassnahmen via Steuerabzüge keine Option dar, da einkommensstärkere Haushalte mehr davon profitieren. Die sozial- und familienpolitischen Vorstellungen der SP unterstreichen zudem stark das liberale Gesellschaftsbild der Partei: Sie setzt sich dafür ein, dass traditionelle Rollen im Familienleben aufgebrochen werden und dass alle Personen, also auch Ausländerinnen und Ausländer, einen gleichberechtigten Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen haben. Die Liste der sozial- und familienpolitischen Forderungen ist lang und prominent: einkommensabhängige Krankenkassenprämien, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, Befürwortung bedarfsunabhängiger Kinderzulagen, Weiterführung der Finanzierung von Krippenplätzen durch den Bund, Verhinderung von Leistungskürzungen in den Sozialversicherungen.



Ueli Leuenberger

GRÜNE

Seit den 1990er-Jahren präsentiert sich die Sozial- und Familienpolitik der Grünen als Spiegelbild zur SP. Im Durchschnitt haben die Grünen dieselben sozial- und familienpolitischen Vorstellungen wie die Sozialdemokraten – jedoch etwas weniger prononciert. So wie die SP umweltpolitisch grün ist, sind die Grünen sozialpolitisch rot. Die gegenseitige Abgrenzung fällt nicht nur in der Aussenbetrachtung schwer, sondern auch den beiden Parteien selbst. Die grosse Mehrheit der Positionsbezüge ist im Kern identisch und könnte genau so gut aus der Feder der jeweils anderen Partei stammen, was sich auch in der regelmässigen gegenseitigen Unterstützung bei sozial- und familienpolitischen Vorstössen und Initiativen zeigt.

Martin Bäumle

GLP

Im Jahr 2004 als Abspaltung der Grünen gegründet, präsentiert sich die Grünliberale Partei (GLP) als finanz- und wirtschaftspolitisch bürgerliche und umweltpolitisch grüne Kraft. Sozialpolitisch reiht sie sich in ihrer Zustimmung zu einem ausgebauten Sozialstaat zwischen FDP und CVP ein, das heisst, sie ist dem gemässigten bürgerlichen Lager zuzuordnen. Ähnlich wie bei der FDP bestimmen im Wesentlichen die wirtschafts- und finanzpolitischen Zielsetzungen die sozial- und familienpolitischen Vorschläge der GLP. Deutliche Unterschiede zu den Bürgerlichen sind jedoch im gesellschafts- und aussenpolitischen Bereich zu erkennen: Die GLP favorisiert hier eindeutig liberalere Lösungen als CVP und FDP, sie geht aber nicht ganz so weit wie die Vorschläge von SP und Grünen. Befürwortet werden beispielsweise verschiedene Formen der externen Kinderbetreuung wie auch Ergänzungsleistungen für Familien.

Hans Grunder

BDP

Ebenfalls zu den «Newcomer»-Parteien gehört die 2008 gegründete Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) – eine Abspaltung der SVP. Für die BDP gilt: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Die Zustimmung zu einem ausgebauten Sozialstaat liegt im tiefen Bereich zwischen den Positionen von SVP und FDP. Der Blick auf die politischen Präferenzen in Grafik 2 (S. 27) verrät die konservativen Wurzeln der jungen rechtsbürgerlichen Kraft. Letztlich handelt es sich bei der BDP um eine gemässigte Variante der heutigen SVP, welche sich der modernen Gesellschaft nicht verschliesst. Allerdings ist die BDP gegenüber Fremden skeptisch eingestellt und vertritt eine konservative Grundhaltung – in diesen Bereichen unterscheidet sie sich deutlich von FDP und CVP. Im Einklang mit wirtschaftsnahen Positionen tritt sie zudem für eine Schuldenbremse im Sozialversicherungswesen ein. Dennoch setzen einzelne sozial- und familienpolitische Kernforderungen der BDP Signale der Offenheit gegenüber gesellschaftsliberalen Positionen: So werden beispielsweise familienunterstützende und schulbegleitende Tagesstrukturen gefordert, um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verbessern.